28. Abgeordneter **Paul Schäfer (Köln)** (DIE LINKE.)

Wie viele so genannte Komplementärgenehmigungen hat die Bundesregierung für den Export von Rüstungsgütern 2011 erteilt, und in welche Staaten wurden auf diese Weise 2011 Güter ausgeführt?

Antwort der Staatssekretärin Anne Ruth Herkes vom 13. Juni 2012

Komplementärgenehmigungen können von Unternehmen genutzt werden, soweit sie bereits eine Genehmigung nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz erhalten haben. Im Jahr 2011 wurde keine neue Komplementärgenehmigung erteilt.

Die gemeldeten Ausfuhren bezogen sich auf folgende Länder:

- Afghanistan (europäische Botschaft)
- Argentinien
- Australien
- Bahrain
- Belgien
- Brasilien
- Brunei
- Bulgarien
- Dänemark
- Estland
- Finnland
- Frankreich
- Hongkong
- Indien
- Indonesien
- Irak
- Irland
- Israel
- Italien
- Japan
- Kanada
- Korea, Republik
- Kosovo
- Kroatien
- Lettland
- Libanon (UN-Missionen)
- Litauen
- Luxemburg
- Malaysia
- Neuseeland
- Niederlande
- Norwegen
- Österreich
- Oman
- Philippinen
- Polen
- Rumänien
- Saudi-Arabien
- Schweden
- Schweiz

– Serbien
– Singapur
– Slowakei
– Slowenien
– Spanien
– Südafrika
– Thailand
– Trinidad und Tobago
– Tschechische Republik
– Türkei
– Ungarn
– Vereinigte Arabische Emirate
– Vereinigte Staaten
– Vereinigtes Königreich.

29. Abgeordnete **Johanna Voß** (DIE LINKE.)

Wie viel Prozent des Erlöses liegen mindestens zu Grunde, wenn in den Breitbandförderbestimmungen von „unangemessenen Gewinnen“ bzw. „übermäßigen Gewinnen“ die Rede ist, bzw. auf welcher Bemessungsgrundlage und durch wen werden „unangemessene Gewinne“ bzw. „übermäßige Gewinne“ festgestellt (s. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 17/9755 „Stand der Breitbandversorgung“, Frage 3)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Hans-Joachim Otto vom 7. Juni 2012

Wie die Formulierung nahelegt, besteht hier ein Ermessensspielraum, der im konkreten Fall auszufüllen ist. Ziel der Regelung soll sein, dass Unternehmen nicht allein aufgrund der Einbeziehung in die Infrastrukturförderung höhere Gewinne erzielen können, als dies ohne Einbeziehung der Fall wäre. Ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile gegenüber nicht in die Förderung einbezogenen Unternehmen sollen so verhindert werden.

30. Abgeordnete **Halina Wawzyniak** (DIE LINKE.)

Welche Kosten verursachte das vom BMWi an Professor Rolf Schwartmann vergebene Gutachten „Vergleichende Studie über Modelle zur Versendung von Warnhinweisen durch Internet-Zugangsanbieter an Nutzer bei Urheberrechtsverletzungen?

Antwort der Staatssekretärin Anne Ruth Herkes vom 12. Juni 2012

Das Gutachten wurde auf Grundlage einer öffentlichen Ausschreibung vergeben. Die Abschlusskalkulation des Auftragnehmers zu der vom BMWi vergebenen Studie liegt noch nicht vor, so dass noch